



Beschlusskammer 8 – Netzentgelte Strom – Informationsschreiben 06/2022

1: Preisbildung 2023

Heute werden im Hinblick auf den Preisbildungstermin 15. Oktober erneut die Hinweise zur Anpassung der Erlösobergrenze der Stromnetzbetreiber und die dazugehörigen Erhebungsbögen für das Jahr 2023 auf der [Homepage](#) der Beschlusskammer 8 veröffentlicht. Wie selten sind die Netzkosten des Jahres 2023 mit hohen Unsicherheiten versehen. Dennoch sind die vorläufigen Entgelte zum 01. Oktober (ÜNB) und sukzessive zum 15. Oktober für die VNB bestmöglich zu kalkulieren und zu veröffentlichen. Daher weisen wir auf Folgendes hin:

Sollte in Umsetzung des Beschlusses der Bundesregierung zum 3. Entlastungspaket vom 5. September 2022 über einen Bundeszuschuss zu den Netzentgelten der Übertragungsnetzbetreiber erst nach dem 30. September 2022, aber vor dem 31. Dezember 2022 entschieden werden, so ist entgegen der üblichen Maßgabe der Bundesnetzagentur eine Neukalkulation der Netzentgelte durch die ÜNB und in Folge **aller VNB** zum 01. Januar 2023 umzusetzen. Die damit sinkenden vorgelagerten Netzentgelte sind flächendeckend in einer Neukalkulation und Absenkung der Entgelte von den Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen an die Kunden weiterzugeben. Nachträgliche Kostenerhöhungen zum 01. Januar 2023 sind nicht vorgesehen und vorab rechtzeitig der Beschlusskammer mitzuteilen und zu begründen.

2: Korrektur Zinsreihe der Deutschen Bundesbank

In den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank wurde der Zinssatz für die Zinsreihe „Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten – insgesamt“ für das Jahr 2013 von 1,4% auf 1,3% nachträglich geändert. Die Zinsreihe wird von den Beschlusskammern 8 und 9 für einige ARegV-Verfahren verwendet. Diese unterschiedlichen Werte konnten den Monatsberichten (jeweils Statistischer Teil, Seite 53) Mai/ 2020 (hier 1,4%) und Mai/2022 (hier 1,3%) entnommen werden. Die Daten auf der Homepage der Deutschen Bundesbank weisen hingegen weiterhin einen Zinssatz von 1,4% für o. g. Reihe (Mittelwert der Monatswerte 01/2013 – 12/2013) aus ([LINK](#)).

Auf Rückfrage bei der Deutschen Bundesbank bestätigte diese die Richtigkeit der auf der Homepage veröffentlichten Monatswerte. Die Monatsberichte werden voraussichtlich im September korrigiert. Die Beschlusskammer 8 hat in der Vergangenheit den Zinssatz u.a. für die Ermittlung des Saldos des Regulierungskontos verwendet. Hieraus resultiert ein anzuwendender Zinssatz gem. § 5 Abs. 2 ARegV 0,47 % anstatt 0,46 %. Weitere Verfahren der Beschlusskammer 8 sind von der Änderung nicht betroffen.

Der Erhebungsbogen für das Regulierungskonto Strom 2021 wurde dahingehend angepasst und in einer aktualisierten Version auf der [Homepage](#) der Beschlusskammer 8 veröffentlicht.

3: Hinweispapier zum Kapitalkostenaufschlag im Regulierungskonto

Im Zuge der erstmaligen Prüfung des Plan-Ist-Abgleichs des Kapitalkostenaufschlags in den Regulierungskonten 2019 und 2020 sind der Beschlusskammer verschiedene wiederkehrende Sachverhalte aufgefallen. Mit dem neuen Hinweispapier ([LINK](#)) zum Regulierungskontosaldo Strom 2021 werden diese Sachverhalte bereits im Vorfeld einheitlich kommuniziert. Insbesondere erteilt die Beschlusskammer Hinweise zum Antragsschreiben. Die zusammengefasste Auflistung ist nicht abschließend, daher behält sich die Beschlusskammer ausdrücklich vor, im Verwaltungsverfahren gegebenenfalls ergänzende Ausführungen einzufordern.

4: Entgeltbildung: keine Angebotspflicht für Netzreservekapazität

Der Bundesgerichtshof hat mit Beschluss vom 23. November 2021 (Aktenzeichen: EnVR 91/20 und EnVR 94/20) entschieden, dass Netzbetreiber nicht verpflichtet sind, die Buchung von Netzreservekapazität zu einem besonderen Entgelt anzubieten. Anlass waren Entscheidungen der Beschlusskammer 8 in zwei Besonderen Missbrauchsverfahren. Die Vorgaben der StromNEV zur Netzentgeltbildung und die übergeordneten Regelungen in §§ 20, 21 EnWG begründen keine Pflicht des Netzbetreibers, Netzreservekapazität zu einem besonderen Entgelt anzubieten. Diesbezüglich verbleibt ein Tarifgestaltungsspielraum des Netzbetreibers, ob er das Instrument anbieten möchte oder nicht. Wenn ein solches Entgelt angeboten wird, ist es diskriminierungsfrei im Preisblatt auszuweisen. Soweit die mit der pauschalierten Abrechnungsweise der Netzreservekapazität gebotene Vergünstigung nicht angeboten wird, handelt es sich nicht um ein diskriminierendes Verhalten des Netzbetreibers. Voraussetzung ist, dass alle Kunden im jeweiligen Netzgebiet insoweit gleichbehandelt werden.

5: Prüfbericht § 6b Abs. 6 EnWG – Abgabefrist abgelaufen

Die Beschlusskammer hat zum Stichtag 31. August 2022 eine Vielzahl an Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG nebst Prüfberichten über die geschlossene Benutzergruppe übermittelt bekommen. Einige Unternehmen haben es jedoch versäumt, den § 6b-Abschluss fristgerecht einzureichen. Diese Unternehmen werden hiermit nochmals zur Abgabe aufgefordert. Schriftliche Nachforderungen werden außerdem in Kürze versandt.